Quelle: FAZ vom 17.11.2011

Große Skepsis in der EU über Vertragsreform

nbu. STRASSBURG, 16. November. In der EU ist die Forderung der Bundesregierung, die Europäischen Verträge zur Disziplinierung von Defizitstaaten zu überarbeiten, mit Zurückhaltung aufgenommen worden. In einer Debatte im Europaparlament kündigte am Mittwoch zwar kein wichtiger Redner offenen Widerstand an, es dominierten aber skeptische Äußerungen. Selbst Ratspräsident Herman Van Rompuy, der im nächsten Monat erste Vorschläge für das Vorhaben der Bundeskanzlerin vorlegen soll, ließ keine Zustimmung erkennen. In der Debatte über eine besser abgestimmte Wirtschaftspolitik in Europa solle erst einmal geklärt werden, welche Ziele man erreichen wolle, bevor es um die rechtlichen Instrumente dafür gehen könne, sagte er. „Es kann auch viel innerhalb des bestehenden Vertrags gemacht werden, unter anderem durch die verstärkte Zusammenarbeit." Außerdem wies Van Rompuy darauf hin, dass eine Vertragsänderung die Ratifikation in allen Mitgliedstaaten erforderlich macht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte auf dem jüngsten EU-Gipfel den Vorschlag gemacht, die Verträge so zu verändern, dass die EU-Kommission „Durchgriffsrechte" auf den Haushalt von Defizitländern erhält; außerdem sollen Klagen gegen übermäßige Schulden in einem Euroland vor dem Europäischen Gerichtshof möglich werden. Die Bundesregierung will das von einem „kleinen Konvent" beschließen lassen, der sich auf ein paar wirtschaftspolitische Themen beschränkt, um eine langwierige Großreform des Vertragswerks zu vermeiden.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte, er sei nur für Vertragsänderungen, wenn sie die Gemeinschaftsmethode und also die EU-Institutionen stärkten. Aber eine Vertragsänderung brauche Zeit, und sie werde zur Beilegung der derzeitigen Krise, die inzwischen „wahrhaftig systemischer Natur" sei, nichts beitragen. „Da sollten wir uns nichts vormachen." Unter den Abgeordneten, die eigene Vertreter in einen Konvent schicken dürften, sprach sich vor allem die Fraktion der Christlichen Demokraten für eine Vertragsreform aus. Ihr gehören CDU und CSU an. Der Fraktionsvorsitzende Joseph Daul aus Frankreich sagte, es seien „große Anpassungen" nötig, an der Debatte darüber müssten Politiker und die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, der SPD-Politiker Martin Schulz, stellte dagegen den Sinn des Vorhabens in Frage. Er wisse nicht, ob die neuen Ministerpräsidenten in Griechenland und Italien eine Revision der EU-Verträge brauchten. Frau Merkel wolle doch nur den jüngst verschärften Stabilitätspakt im EU-Vertrag festschreiben. „Warum bringen Sie nicht den Mut auf, ihr zu sagen, lass es?", fragte er Van Rompuy, Barroso und den Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker. Entscheidend sei, ob eine Vertragsänderung die Gemeinschaftsmethode beibehalte oder nicht. Die deutsch-französische Führung bei der Bewältigung der Euro-Krise nannte Schulz einen „neuen Wiener Kongress".

Etliche Abgeordnete wiesen darauf hin, dass auch ohne eine Änderung der EU-Verträge vieles neu geregelt werden könne, etwa die Arbeit von Ratingagenturen. Außerdem wurde allgemein eine Beteiligung des Parlaments gefordert. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, sagte, eine Vertragsreform dürfe nicht „heimlich durch die Hintertür", sondern nur unter Mitwirkung des Parlaments und der nationalen Volksvertretungen eingeführt werden. Auch die Liberalen verlangten in jedem Fall einen Konvent.

Für die konservative Fraktion um die britischen Torys kündigte der tschechische Abgeordnete Jan Zahradil an, dass Großbritannien und die Tschechische Republik eine Reform nutzen würden, um ihre Bindung an die EU zu lockern. „Sie wollen mehr Zentralismus, wir wollen mehr Flexibilität."